

Referat/Amt: III/WMC-HSH
Referat für Recht, Ordnung
und Umweltschutz

Bearbeitet von:
Frau Wüstner Marlene

Tel.Nr.:
0 91 31 / 86-2203

Lärmschutz an A 3 und A 73 im Stadtgebiet Erlangen; Neufassung des Bundesverkehrswegeplans

Beratungsfolge	Sitzungs- termin	öff.	nöff.	Gutachten	Beschluss	Abstimmungsergebnis		
						ein- stimmig	für	gegen
UVPA	18.11.2003	X			MzK			
UVPA	09.03.2004	X			X			
UVPA	23.03.2004	X			X			
UVPA	27.07.2004	X			MzK			

Beteiligungen

Finanzielle Konsequenzen; Angaben über dauerhafte Haushaltsbelastungen, z.B. Investitionsfolgekosten (Unterhalt, Personalkosten u.ä.) sind verpflichtend!

1. Einmalige Kosten:

2. Jährliche Folgekosten:

I. Mitteilung zur Kenntnis des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses am 27.07.2004

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

UVPA Vorsitzende/-r:

Berichterstatter/-in:

II. Sachbericht

Mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 22.04.2004 hat sich die Stadt Erlangen zuletzt an Frau Staatssekretärin Iris Gleicke im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wegen des zu beschließenden Bundesverkehrswegeplanes gewandt, mit der Bitte um Unterstützung. Die Stadt Erlangen fordert die A 3 und A 73 im Bereich Erlangen in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufzunehmen bzw. den Abschnitt Erlangen der A 73 zumindest der Kategorie „neue Vorhaben mit Planungsrecht“ zuzuordnen.

Die Schreiben gingen mit der Bitte um Unterstützung auch an die Bundestagsabgeordneten Stefan Müller und Eduard Oswald sowie an die Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann und Wolfgang Vogel jeweils mit der Bitte um Unterstützung.

Mit Schreiben des Bundestagsabgeordneten Stefan Müller (Anlage 1) vom 11.05.2004, über das im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss berichtet wurde, wird mitgeteilt, dass im Verkehrsausschuss des Bundestages der Antrag, den sechsstreifigen Ausbau der A 3 in den vordringlichen Bedarf und den sechsstreifigen Ausbau der A 73 in den weiteren Bedarf mit Planungsrecht im Bereich Erlangen in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen, abgelehnt wurde.

Vor abschließender Lesung und Beschluss des Bundesverkehrswegeplanes im Bundestagsplenum wurden deshalb nochmals die Bundestagsabgeordneten Stefan Müller und Eduard Oswald sowie die Landtagsabgeordneten Joachim Herrmann und Wolfgang Vogel angeschrieben (Anlage 2), mit der Bitte um nochmalige Unterstützung der Forderung der Stadt Erlangen. Ebenso ging das Schreiben an die Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

- III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- IV. Amt 31 zur Kenntnis.
- V. Referat III zum Vorgang.